Adoptionsrecht

Scheinheilige Anerkennung

Die Bundesregierung erkennt – entgegen der Position der Unionsfraktion – erstmals an, dass Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern aufwachsen, sich „ebenso gut entwickeln wie Kinder in anderen Familienformen“. Studien, die Nachteile für Nachwuchs aus diesen sogenannten Regenbogenfamilien belegen, seien der Regierung nicht bekannt, heißt es in der Antwort des Bundesfamilienministeriums auf eine Kleine Anfrage der Grünen. Die Regierung wolle dafür Sorge tragen, dass Regenbogenfamilien in Deutschland und Europa als „Normalität und Realität anerkannt werden und Unterstützung erfahren“, heißt es. Weitere Gleichstellung soll es dennoch nicht geben: Für gleichgeschlechtliche Lebenspartner wird weiterhin nur die Sukzessivadoption möglich sein, das heißt, sie können das Kind nur nacheinander adoptieren, nicht gemeinsam. Außerdem müssen Krankenkassen die Kosten für künstliche Befruchtungen bei lesbischen Paaren auch in Zukunft nicht übernehmen. Katja Dörner, Fraktionsvizin der Grünen, und Volker Beck, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, werfen der Bundesregierung vor, nichts von der Lebensrealität der Regenbogenfamilien zu wissen. Immerhin sei nun „regierungsamtlich“, dass das Unwohlsein der Kanzlerin beim Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare „ein blankes homophobes Vorurteil“ sei. akm

„Eurofighter“-Unglück

Learjet-Pilot soll Schuld haben

Der Zusammenstoß eines „Eurofighters“ mit einem Learjet im Juni über dem Sauerland hätte weitaus gravierendere Folgen haben können. Interne Fotos der Unglücksmaschine zeigen, dass durch die Kollision ein Außentank abgerissen und das rechte Triebwerk des Kampfjets schwer beschädigt wurde. In Kreisen der Luftwaffe heißt es, nur durch großes Glück sei es nicht zum Absturz des „Eurofighters“ gekommen. Der Unfall hatte sich ereignet, als bei einem Übungsmanöver der Learjet gegen das Heck des Kampfflugzeugs gestoßen war. Das Zivilflugzeug stürzte ab, die beiden Insassen starben. Laut Bundeswehrkreisen deutet vieles darauf hin, dass der Pilot des Learjet die Schuld am Zusammenstoß trägt. Dies belegt auch ein Video der Helmkamera eines zweiten „Eurofighter“-Piloten, der bei dem Manöver hinter den kollidierenden Maschinen flog. Darauf sind unter anderem eine Explosion und ein Feuerball zu erkennen. gor, mgb

Blick auf Deutschland

The New York Times

Israeli Military Invades Gaza, With Sights Set On Hamas Operations

JETLINER EXPLODES OVER UKRAINE; STRUCK BY A MISSILE, OFFICIALS SAY

Der britische Journalist **Roger Cohen,** 58, in einem Kommentar der *New York Times* über deutsche Wertarbeit

„Die Deutschen finden, dass der Rest der Welt Sachen baut, die nicht taugen. Wer einmal das Gewicht eines deutschen Fensters gespürt oder den befriedigenden Ton gehört hat, mit dem es zufällt, der weiß: Sie haben einen Punkt.“

ILLUSTRATION: PETRA DUFKOVA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL

Juli Zeh Die Klassensprecherin

Es ist zum Heulen

Manchmal kann Geheimdiensttätigkeit wirklich erhellend sein. Momentan erhellt sie vor allem den politischen Geisteszustand unserer Bundesregierung. Berlin sei „erschüttert“ von der aktuellen Spionageaffäre, heißt es. Wolfgang Schäuble möchte weinen über so viel amerikanische Dummheit, Angela Merkel und Joachim Gauck empfinden ein Jetzt-reicht’s-Gefühl.

Die Aufregung überrascht, nachdem sich die Regierung seit den Snowden-Enthüllungen vor allem in angewandtem Stoizismus übt. Offensichtlich zählen die Geheimnisse des Staates um ein Vielfaches mehr als die seiner Bürger. Bei Verletzung elementarer Grundrechte dürfen die transatlantischen Beziehungen nur mit Samthandschuhen angefasst werden. Finden sich hingegen zwei kleine Maulwürfe bei BND und Verteidigungsministerium, fliegt der deutsche CIA-Chef raus.

Die traurige Folgerung lautet: Spionage wird nicht toleriert, Bürgerüberwachung schon. Es hat in Wahrheit nichts mit den transatlantischen Beziehungen zu tun, dass die Bundesregierung in der NSA-Affäre untätig bleibt. Man mischt selbst mit bei der Überwachung. Auf EU-Ebene ist Deutschland in das Forschungsprojekt Indect involviert, welches durch die Verbindung von Daten aus Überwachungskameras, Internet und Mobiltelefonen eine Art automatisierten Bevölkerungsscanner entwickeln soll. Die politische Priorität liegt nicht darauf, den Bürger vor Ausspähung zu schützen. Man will bei der digitalen Aufrüstung den Anschluss nicht verlieren.

Entsprechend darf die harsche Reaktion auf den Spionageverdacht nicht als Protest gegen allgemeine Überwachung missverstanden werden. Es handelt sich schlicht um ein Kräftemessen mit den USA. Noch immer ringt Deutschland um außenpolitische Selbstfindung – mehr Verantwortung in militärischen Fragen, mehr Führungsrolle in Europa, mehr Rückgrat gegenüber den Amerikanern. Gleichzeitig will man der eigenen Bevölkerung ein Zeichen von Handlungsfähigkeit senden – an vergleichsweise harmloser Stelle.

Wenn die Amerikaner das, gelinde gesagt, ein wenig befremdlich finden, haben sie leider recht. Denn nicht einmal die Fassungslosigkeit ist echt. Schon vor knapp zwei Jahrzehnten wies Frankreich fünf mutmaßliche CIA-Agenten aus, die französische Positionen zu internationalen Handelsgesprächen aufklären sollten.

Zum Weinen dumm wäre jeder, der trotzdem bis heute nicht gemerkt hat, dass amerikanische Geheimdienste nicht vor Verbündeten haltmachen. Wahren Grund zum Heulen hat nicht Schäuble. Den haben all jene, die immer noch hoffen, dass endlich etwas zur Eindämmung der Massenüberwachung geschieht. Selbst wenn Washington in der Spionageaffäre doch noch zu Kreuze kriechen würde – mit einem telefonischen „Sorry“ von Obama an Merkel können wir uns keine neue Privatsphäre kaufen.

An dieser Stelle schreiben drei Kolumnisten im Wechsel. Nächste Woche ist Jakob Augstein an der Reihe, danach Jan Fleischhauer.